

Keller Erich

Von: Kreyenbühl Hugo
Gesendet: Montag, 6. März 2017 17:01
An: 'Bacher Adrian (CVP)'; 'Bernhard Guhl'; 'Burger Christian (GLP)'; 'Georges Burkhart'; 'Grossenbacher Stephan (GP)'; 'Häfeli Christoph'; 'Schempp Hans-Peter'; 'Werner Rufli (w.rufli@bluewin.ch)'
Cc: Meier Thomas
Betreff: Vorschriften für das Anbringen von Plakaten

Sehr geehrte Parteiprääsidenten

Der Gemeinderat Niederrohrdorf hat am 8. Juli 2013 entschieden, dass in Niederrohrdorf nur bei Wahlen Werbung an Kandelabern angebracht werden darf. Das Anbringen von Kandelaber-Plakaten bei Abstimmungen wurde untersagt. Wir haben Sie damals über diesen Entscheid informiert.

Bei den Regierungs- und Grossratswahlen vom letzten Herbst wurde erneut viel Wahlwerbung an den Kandelabern platziert. Erstmals wurden auch Plakate an Kandelabern in den Wohngebieten angebracht.

Für den Gemeinderat Niederrohrdorf ist der Nutzen von Wahlwerbung an Kandelabern in den Wohngebieten bzw. an Quartierstrassen fraglich. Die Kantonsstrassen sind die meistbefahrenen Strassen in der Gemeinde, und dort macht Wahlwerbung auch Sinn. Der Gemeinderat hat seinen Entscheid vom 8. Juli 2013 deshalb wie folgt präzisiert:

- Für das Anbringen von Wahlplakaten dürfen nur die Kandelaber an den Kantonsstrassen benutzt werden.
- Es ist weiterhin untersagt, Abstimmungsplakate an den Kandelabern anzubringen.
- Die übergeordneten Bestimmungen des Kantons für Wahl- und Abstimmungsplakate sind einzuhalten.
- Unser Bauamt ist angewiesen, nicht korrekt angebrachte Wahlwerbung ohne vorgängige Mitteilung an die Parteien und/oder die Kandidaten zu entfernen.

Wir danken Ihnen für die Kenntnisnahme und bitten Sie, falls erforderlich auch Ihre Bezirkspartei über die in der Gemeinde Niederrohrdorf geltenden Vorschriften zu informieren.

Freundliche Grüsse
Gemeindekanzlei

Hugo Kreyenbühl
Gemeindeschreiber

Bremgartenstrasse 2
5443 Niederrohrdorf
Fon 056 485 66 10
Fax 056 485 66 09
hugo.kreyenbuehl@niederrohrdorf.ch
www.niederrohrdorf.ch

--

Der Inhalt dieser E-Mail ist vertraulich. Sollten Sie nicht der richtige Adressat sein, löschen Sie bitte die E-Mail und benachrichtigen Sie den Absender. Jedes nicht autorisierte Kopieren, Veröffentlichen oder Verteilen des Inhalts dieser E-Mail ist verboten. Der Absender übernimmt keine Haftung für die Vollständigkeit dieser E-Mail, da diese über ein öffentliches Netzwerk übertragen wurde.

Sachverhalt

Der Gemeinderat hat am 8. Juli 2013 entschieden, dass in Niederrohrdorf nur bei Wahlen Werbung an Kandelabern anzubringen. Das Anbringen von Werbung bei Abstimmungen wurde untersagt.

Im Hinblick auf die bevorstehenden Regierungs- und Grossratswahlen vom 23. Oktober 2016 wurde erneut viel Wahlwerbung an den Kandelabern platziert, erstmals nun auch an Kandelabern in den Wohngebieten.

Aufgrund von Reklamationen aus der Bevölkerung wird dem Gemeinderat beantragt, das Anbringen von Wahlwerbung weiter einzuschränken und auf die Kandelaber an den Kantonsstrassen zu beschränken.

Erwägungen

Für den Gemeinderat ist der Nutzen von Wahlwerbung in den Quartierstrassen nicht nachvollziehbar. Die Kantonsstrassen sind die meistbefahrenen Strassen in der Gemeinde, und nur dort macht Wahlwerbung Sinn. Das Anbringen von Wahlwerbung soll daher weiter eingeschränkt werden und ab 24. Oktober 2016 im Gemeindegebiet von Niederrohrdorf nur noch an den Kantonsstrassen erlaubt sein. Im Übrigen ist auf die Vorschriften für das Anbringen von Wahl- und Abstimmungsplakaten des Departements BVU zu verweisen.

Entscheid

1. Ab 24. Oktober 2016 dürfen für das Anbringen von Wahlplakaten nur noch die Kandelaber an den Kantonsstrassen benutzt werden.
2. Der Gemeinderatsentscheid vom 8. Juli 2013 wird bestätigt: Abstimmungsplakate sind weiterhin nicht erlaubt.
3. Die Vorschriften des Departements BVU betreffend das Anbringen von Wahl- und Abstimmungsplakaten sind einzuhalten.
4. Die Gemeindekanzlei wird beauftragt, die Ortsparteien zu orientieren.

Protokollauszug an

- Axioma

Namens des Gemeinderates



8. Juli 2013

1 39/01 Gesetze, Reglemente, Verordnungen, Bekanntmachungen und
Kreisschreiben
Abstimmungen und Wahlen / Plakatierung

Sachverhalt

Die Farner Consulting AG, Zürich, ersucht mit Schreiben vom 3. Juli 2013 um eine Mitteilung, welche Vorschriften bei Plakatierung von Abstimmungen beachtet werden müssen.

Der Gemeindeschreiber bittet den Gemeinderat darum, die Anfrage im Grundsatz zu diskutieren, damit für sämtliche Wahlen und Abstimmungen verbindliche Regelungen getroffen werden können.

Erwägungen

Gemäss § 49 Abs. 3 BauV dürfen Wahl und Abstimmungsplakate frühestens 8 Wochen vor einer Wahl oder Abstimmung bewilligungsfrei aufgestellt werden, sofern der Eigentümer das Einverständnis dazu gegeben hat. Die Plakate müssen spätestens 7 Tage nach dem Urnengang wieder entfernt werden.

In Niederrohrdorf wurden hauptsächlich bei Grossrats-, National- und Ständerats- sowie Regierungsratswahlen Plakate an den Kandelabern angebracht. Von untergeordneter Bedeutung war das Plakatieren bisher bei Abstimmungen. Aufgrund der Anfrage der Farner Consulting AG ist davon auszugehen, dass diese Form des Abstimmungskampfes zunehmen wird.

Die Behörden stehen in der politischen Pflicht, einen ausgewogenen Wahl- und Abstimmungskampf zuzulassen, damit die Stimmbevölkerung möglichst gut informiert ist. Eine aktive politische Information trägt nicht zuletzt auch dazu bei, dass die Stimmbeteiligung nicht weiter sinkt. In der Bevölkerung ist jedoch auch immer wieder Ärger zu vernehmen, wenn wochenlang Wahlplakate an den Kandelabern hängen. Es ist eine gewisse Sättigung nach dieser Form der politischen Werbung zu beobachten. Der Gemeinderat will deshalb Wahlwerbung an den Kandelabern weiterhin zu lassen, Abstimmungswerbung jedoch nicht. Mit Ausnahme der Kandelaber ist politische Werbung auf öffentlichem Grund (z.B. Dorfschürplatz) erlaubt, sofern ein entsprechendes Gesuch vorliegt und die gesetzlichen Bestimmungen eingehalten werden.

Grundsatzentscheid

1. Bei Wahlen ist es weiterhin erlaubt, Werbung an Kandelabern anzubringen.
2. Bei Abstimmungen ist es ab sofort verboten, Werbung an Kandelabern anzubringen.
3. Für die Beanspruchung von öffentlichem Eigentum für Wahl- und Abstimmungswerbung ist dem Gemeinderat vorgängig ein Gesuch einzureichen.
4. Die Ortsparteien sind über diesen Grundsatzentscheid zu orientieren.
5. Der Farner Consulting AG ist eine Absage zu erteilen.

Protokollauszug an

- Gemeindekanzlei
- Akten